

E 012

DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland

Lfd.-Nr. 1084

Abschaffung des Ehegattensplittings

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:

Erledigt durch Annahme von Antrag E 007

1 *Der DGB setzt sich dafür ein, dass die steuerliche Privilegie-*
2 *rung der Ehe — das sogenannte Ehegattensplitting — abge-*
3 *schaftet wird und fordert stattdessen, die steuerliche Begüns-*
4 *tigung von Familien mit Kindern, ob verheiratet oder unverhei-*
5 *ratet. Als Familie im Sinne des Antrages gelten sowohl*
6 *homosexuelle als auch heterosexuelle Partnerschaften mit*
7 *Kindern sowie alleinerziehende Mütter bzw. Väter.*

8

9 *Der DGB möge auf die im September neugewählte Bundes-*
10 *regierung einwirken, dass sie die geforderte Abschaffung des*
11 *Ehegattensplittings schnellstmöglich durchsetzt. Die zusätzli-*
12 *chen Steuereinnahmen könnte der Staat dann in eine tatsäch-*
13 *liche Familien- und vor allem Kinderförderung wie den Ausbau*
14 *von Kindertagesstätten ab 0 Jahren investieren.*

15

16 *Auch das oft geforderte Familiensplitting stellt keine flächen-*
17 *deckende Förderung von Familien dar, da es nur besserverdie-*
18 *nende Eltern begünstigt. Daher muss eine Individualbesteue-*
19 *rung, wie es auch viele Experten und Expertinnen bspw. des*
20 *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) fordern,*
21 *eingeführt werden.*

22